

FUNKTIONÄRSREISE

Brüssel 17.-19. Mai 2022

www.funktionaere.tirol



#funktionärsein

**nutzt die Vorteile und Angebote,
sowohl als Unternehmer:in als auch
als Funktionär:in!**

www.funktionaere.tirol

■ Inhaltsverzeichnis

REISEINFORMATIONEN	Seite 4
---------------------------------	----------------

KEY FACTS

Brüssel	Seite 6
Belgien	Seite 6
EU Kompakt: Die Europäische Union	Seite 8

PROGRAMMDETAILS

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Botschafter Dr. Nikolaus Marschik Veronika Möller	Seite 14
Das Europäische Parlament MEP Barbara Thaler MEP Esther De Lange	Seite 15
NATO-Hauptquartier in Brüssel	Seite 16
Österreichische Vertretung bei der NATO	Seite 17
Vertretung der EUREGIO Tirol, Südtirol und Trentino Simon Lochmann	Seite 18
Parlamentarium	Seite 18

BEILAGEN

EU Kompakt - Arbeitsprogramm EU Kommission	Seite 20
Interview Thaler, Krone	Seite 25
Interview Marschik, Tiroler Tageszeitung	Seite 27
Interview Möller, Salzburger Nachrichten	Seite 29
Interview Ohtmar Karas, Tiroler Tageszeitung	Seite 30

REISEINFORMATIONEN



Transfer am 17.05.2022

Abfahrt:

- 06:10 Uhr Telfs
- 06:40 Uhr Innsbruck
- 07:30 Uhr Wörgl
- 07:55 Uhr Kiefersfelden

Transfer am 19.05.2022

Ankunft:

- ca. 17:00 Kiefersfelden
- ca. 17:20 Uhr Wörgl
- ca. 18:40 Uhr Innsbruck
- ca. 19:10 Uhr Telfs



Flug: München (MUC) - Brüssel Zaventem (BXL)

Abflug: 17.05.2022 11:30 Uhr
Ankunft: 17.05.2022 12:50 Uhr

Gepäckbestimmungen:

Handgepäck: max. 8 kg
Aufgabegepäck: max. 23 kg

Flug: Brüssel Zaventem (BXL) - München (MUC)

Abflug: 19.05.2021 13:30 Uhr
Ankunft: 19.05.2021 14:45 Uhr



Hotel Aloft Brussels Schuman

Place Jean Rey
1040 Brüssel

T +32 2 800 08 88



Transport in Brüssel

Haltestellen beim Hotel

- Metro-Station: Schuman
- Bus-Haltestelle: Froissart

Verkehrsverbund Brüssel:

www.stib-mivb.be



Kontakt

Funktionärsbetreuung der Wirtschaftskammer Tirol

Mag. Hansjörg Rauth: +43 676 885 311 249

Mag. Katja Huebser: +43 699 150 90 477



Adressen

Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union

Avenue de Cortenbergh 30
1040 Brüssel

Europäisches Parlament

Espace Léopold
1047 Brüssel

Europäische Kommission

Rue de la Loi 170
1040 Brüssel

Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

Rue de Pascale 45/47
1040 Brüssel

Parlamentarium

Esplanade Solidarność 1980
Place du Luxembourg 100
1050 Brüssel

NATO-Hauptquartier in Brüssel

Manfred-Wörner-Building
Boulevard Léopold III
1110 Brüssel

■ PROGRAMM



Anreise am 17. Mai 2022

12:50 Uhr	Ankunft in Brüssel Zaventem
13:30 Uhr	Transfer Brüssel Zaventem zum Hotel
14:00 Uhr	Check-In im Hotel Aloft Brussels Schuman, Lunchpakete



Tag 1 - 17. Mai 2022

16:00 Uhr	Treffpunkt: Hotellobby; Fußweg zur Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU
17:00 - 18:30 Uhr	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Gespräch mit Botschafter Dr. Nikolaus Marschik Gespräch mit Veronika Möller , Leiterin WKÖ EU Representation
ab 19:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen und Bierverskostung mit MEP Barbara Thaler



Tag 2 - 18. Mai 2022

ab 9:00 Uhr	Europäisches Parlament: Einführung, Orientierung am Vorplatz und Sicherheitskontrolle
10:00- 11:00 Uhr	Geführter Rundgang durchs EU-Parlamentsgebäude
11:00- 12:00 Uhr	Gespräch mit MEP Barbara Thaler und MEP Esther De Lange über Strategie, Maßnahmen und Auswirkungen des „ European Green Deal “
12:00- 13:00 Uhr	Mittagspause
13:00 Uhr	Abfahrt zum NATO-Hauptquartier
14:00- 15:30 Uhr	Besuch der Österreichischen Vertretung bei der NATO
ab 16:00 Uhr	Rückfahrt ins Zentrum
17:00- 18:30 Uhr	Stadtrundgang im historischen Zentrum
20:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen im „Tirol Büro“ mit Simon Lochmann , Büroleiter Tirol bei der Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU



Tag 3 - 19. Mai 2022

9:00 - 10:30 Uhr	VARIANTE A: Besuch Parlamentarium VARIANTE B: Zeit zur freien Verfügung
bis 10:30 Uhr	Check-Out vom Hotel



Abreise am 19. Mai 2022

11:00 Uhr	Treffpunkt Hotellobby mit Gepäck; Abfahrt zum Flughafen
13:30 Uhr	Abflug Brüssel-München
14:45 Uhr	Ankunft Flughafen München
ca. 15:30 Uhr	Transfer ab Flughafen München
ca. 19:10 Uhr	Ankunft in Telfs

Änderungen vorbehalten!

KEY FACTS

Brüssel

Interaktiver Stadtplan Brüssel:



- Hauptsitz der Europäischen Union
- Sitz der NATO, des ständigen Sekretariats der Benelux-Länder und der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt
- 6 Stadtteile: Pentagon (Stadtzentrum), Laken, Neder-over-Heembeek, Haren, das Europaviertel (Quartier Léopold U.E.) und die Südachse Louise/Louiza-Roosevelt
- Europaviertel: Wichtige Gebäude des EU-Viertels sind das Berlaymont-Gebäude, in dem die Europäische Kommission ihren Hauptsitz hat, das Justus-Lipsius-Gebäude, dem Sitz des Rates der Europäischen Union und das Europäische Parlament. Ebenfalls befindet sich die monumentale Skulptur Einheit in Frieden dort. Viele Botschaften und Interessensvertretungen haben außerdem ihren Sitz in diesem Viertel.

Belgien

Staatsform	Parlamentarische Monarchie
Regionen	Flandern, Wallonie und Brüssel-Hauptstadt
Amtssprachen	Französisch, Niederländisch, Deutsch
Fläche	30.688 km ²
Wichtigste Städte	Brüssel: 1,2 Mio. Einwohner Antwerpen: 529.000 Einwohner Gent: 264.000 Einwohner Charleroi: 203.000 Einwohner Lüttich (Liège): 197.000 Einwohner



© lesniewski/stock.adobe.com

WIRTSCHAFTLICHER ÜBERBLICK

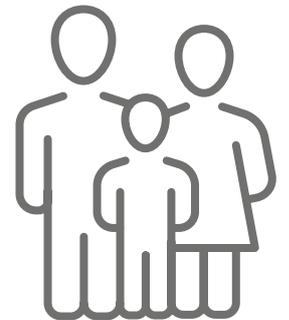
- Belgien ist stark industrialisiert und genießt einen hohen Lebensstandard.
- Außenhandel:
v.a. Halbfertig- und Fertigwaren, mit den Nachbarländern
Deutschland, Frankreich, Niederlande
- Exportquote (nur Warenexporte) von 56,2%, vgl. Österreich (36%)
- Internationale Firmenniederlassungen in Belgien hoch:
zentrale Lage, ausgezeichnete Infrastruktur, gut ausgebaute
Hafenanlagen, hohes Ausbildungsniveau, Mehrsprachigkeit
der Bevölkerung, internationale Institutionen in Brüssel
(EU, NATO, etc.)
- Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtwertschöpfung
beträgt 78%
- bedeutendste Industriesektoren sind Chemie/Kunststoffe/Pharma,
Nahrungsmittelindustrie sowie Technologie



LAND UND LEUTE

Tipps für Geschäftsreisende

- strikte Sprachtrennung respektieren:
Flamen (rund 60% der Bevölkerung) sprechen Niederländisch
Wallonen sprechen Französisch
Nur die Region Brüssel-Hauptstadt ist zweisprachig
(Französisch dominiert)
- Geschäftseinladungen: gutes Essen sehr wichtig, möglichst mittags



Do's and Dont's

- Politische Diskussionen über Regionalismus oder Sprachenstreit vermeiden
- Gute Small-Talk-Themen: Urlaub (Österreich bei Flamen als Urlaubsziel sehr beliebt),
historische Verbindungen (Maria Theresia) und Sport (Radfahren, Fußball)

EU Kompakt: Die Europäische Union

- Staatenverbund aus derzeit 27 europäischen Staaten
- Insgesamt 450 Millionen Einwohner
- eigenständige Rechtspersönlichkeit, hat daher Einsichts- und Rederecht bei den Vereinten Nationen
- Von den 27 EU-Staaten bilden 19 Staaten eine Wirtschafts- und Währungsunion
- Europäischer Binnenmarkt mit 4 Grundfreiheiten als Grundlage: Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und Freier Kapital- und Zahlungsverkehr
- Gemeinsame Innen- und Justizpolitik: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Beobachterstatus in der G7, Mitglied in der G20 und vertritt ihre Mitgliedstaaten in der Welthandelsorganisation
- 4 zentrale Beschlussfassungsorgane, geben die politische Richtung vor:
 - das Europäische Parlament (Brüssel/Straßburg/Luxemburg)
 - die Europäische Kommission (Brüssel/Luxemburg/ Vertretungen in der gesamten EU)
 - der Rat der Europäischen Union (Brüssel/Luxemburg)
 - der Europäische Rat (Brüssel)
- Die 3 weiteren Organe sind
 - der Gerichtshof der Europäischen Union (Luxemburg)
 - die Europäische Zentralbank (Frankfurt)
 - der Europäische Rechnungshof (Luxemburg)
- Wichtige Einrichtungen mit beratender Funktion:
 - Wirtschafts- und Sozialausschuss
 - Ausschuss der Regionen



Ratspräsident:
Charles Michel

© Dario Pignatelli/wikipedia



Kommissionspräsidentin:
Ursula von der Leyen

© Etienne Ansotte/wikipedia

Die 7 Organe, 7 Einrichtungen und über 30 dezentralen Agenturen der EU:



Das **ABC** des Europäischen Parlaments

8. Wahlperiode

EUROPÄISCHES PARLAMENT

- legislativer Arm der Europäischen Union und eine seiner 7 Institutionen
- besteht aus 705 Abgeordneten (MEPs) aus allen EU-Ländern
- Wahl: alle 5 Jahre; Sitze stehen im Verhältnis zur Bevölkerung des jeweiligen Landes
- Ausschusssitzungen in Brüssel, Plenartagungen in Brüssel und Straßburg, Verwaltung in Luxemburg
- entscheidet gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union über den EU-Haushalt und die Gesetzgebung
- gewährleistet die demokratische Kontrolle der Europäischen Kommission sowie der anderen Organe und Einrichtungen der EU
- wählt die Präsidentin/ den Präsidenten der Europäischen Kommission
- arbeitet mit den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten zusammen, die sich zu Gesetzgebungsvorhaben äußern können
- Bei Gesetzgebungsverfahren zu EU-Rechtsvorschriften gleichberechtigt mit dem Rat der Europäischen Union

FAQs zum Europäischen Parlament:



751
Die EU-Abgeordneten werden für die Dauer von fünf Jahren in allgemeinen unmittelbaren Wahlen gewählt.

1 Präsident **14** Vizepräsidenten

EU-Abgeordnete nach Fraktion

09 - 2015

70 ALDE	217 • EVP
50 Grüne/EFA	74 • EKR
190 S&D	45 • EFDD
52 GUE/NGL	39 • ENF
	14 • Fraktionslose

♀ 37% ♂ 63%*
*Nach den Europawahlen 2014

Wie wird eine Fraktion gebildet?

Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 25 EU-Abgeordnete erforderlich.

In jeder Fraktion müssen EU-Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten vertreten sein.

EU-Abgeordnete können nur einer Fraktion angehören.

Die EU-Abgeordneten verteilen sich auf ständige Ausschüsse, die jeweils für bestimmte Bereiche zuständig sind.

20 Ausschüsse **2** Unterausschüsse **1** Sonderausschuss

EUROPAR|EUROPA.EU

Quelle: Europäisches Parlament

EUROPÄISCHE KOMMISSION

- erstellt Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften
- führt das Tagesgeschäft der EU, indem sie die politischen Maßnahmen umsetzt und die Mittel der Europäischen Union verwaltet
- zentrale Aufgabe: die gesamten Interessen der EU vertreten
- Sie überwacht die unterschiedlichen Politikbereiche und setzt die Interessen um, indem sie:
 - dem Parlament sowie dem Rat Vorschläge für neue Rechtsvorschriften macht (Initiativrecht)
 - den EU-Haushaltsplan verwaltet (mit Rat und Parlament den „Finanzrahmen“ der EU festlegt, den jährlichen Haushaltsplan erstellt, die Ausgaben der EU-Mittel kontrolliert)
 - gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof das EU-Recht durchsetzt („Hüterin der Verträge“)
 - die EU auf internationaler Ebene vertritt (z.B. in der Welthandelsorganisation oder bei Vertragsverhandlungen)

Die Kommission setzt sich aus Präsident:in, hohem/r Vertreter:in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den übrigen Kommissar:innen zusammen, je einer/m pro Mitgliedstaat, der/die jeweils einen Politikbereich innerhalb der Kommission vertritt. Die Amtszeit der Kommission beträgt fünf Jahre.



Mitglieder der EU Kommission „von der Leyen“



EUROPÄISCHER RAT

- Legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Europäischen Union fest
- erörtert oder verabschiedet keine EU-Rechtsvorschriften
- Mitglieder: Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten, der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission
- Die Treffen, auch als "EU-Gipfel" bezeichnet, finden viermal im Jahr statt
- Vorsitz: EU-Mitgliedstaaten im Turnus, wechselt alle sechs Monate; der Vorsitz leitet die Sitzungen und sorgt für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat.

Französische EU-Ratspräsidentschaft, 1. HJ 2022

Leitmotiv „Europäische Souveränität“ | Motto „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“



Ein souveräneres Europa	Ein neues europäisches Wachstumsmodell	Ein menschliches Europa
Stärkung des Schengen-Raums, Schutz seiner Außengrenzen (+)	Europa zu einem großen Kontinent der Produktion, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Innovation und der technologischen Exzellenz machen (+)	Einbindung der Bürger im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas (+)
Kontrolle der Migration und eine verbesserte Asylpolitik (+)	Mehr in strategische Sektoren wie Wasserstoff, Batterien, Cloud-Technologie und Gesundheit investieren (+)	Rechtsstaatlichkeit verteidigen und seinen Werten treu bleiben (+)
Stärkeres und handlungsfähiges Europa in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung („Strategischer Kompass“) (+)	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, • Weiterer Ausbau des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion, • Globale Steuerabkommen vorantreiben (+) 	Auf Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts achten (+)
Maßnahmen für den Wohlstand und die Stabilität in der Nachbarschaft: <ul style="list-style-type: none"> • Engagement auf dem Westbalkan (+) • Neugestaltung der Beziehungen zu Afrika (+) 	Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaziele miteinander in Einklang bringen, Umsetzung des European Green Deal (Legislativvorschläge des „Fit for 55“-Gesetzgebungspakets voranbringen, inkl. CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus (+)	Europäisches Jahr der Jugend 2022
Schwerpunkt auf Beziehungen zu den USA (+)	Eigene Regeln für die digitale Welt festlegen, Innovation und Wachstum der europäischen digitalen Akteure unterstützen (+)	
Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen (+)	Hochwertige, qualifizierte und besser bezahlte Arbeitsplätze bieten	

(+) Forderung in WKÖ EU Agenda 2020-2024 enthalten

#schaffenwir
Eine Initiative der **WKÖ**

Zentrale Aufgaben

- verhandelt und erlässt EU-Rechtsakten
- koordiniert die Politik der Mitgliedstaaten
- entwickelt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- schließt internationale Abkommen
- stellt den EU-Haushaltsplan fest

■ PROGRAMMDETAILS

- **Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union**
- **Das Europäische Parlament und der „European Green Deal“**
- **NATO-Hauptquartier: Österreichische Vertretung bei der NATO**
- **Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino**
- **Parlamentarium**

■ Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union

Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, sozusagen die „**EU-Botschaft**“ Österreichs, gibt es seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995. Geleitet wird sie vom Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter Nikolaus Marschik. Die Ständige Vertretung Österreichs ist die größte diplomatische Mission Österreichs weltweit, mit EU-Expert:innen aus allen österreichischen Bundesministerien, der Verbindungsstelle der Bundesländer und den Vertreter:innen von Sozialpartnern, Industriellenvereinigung, Nationalbank, Gemeindebund und Städtebund.

Die Aufgaben:

- Interessenvertretung bei Verhandlungen mit den europäischen Partnern
- Wissensvermittlung und Austausch mit der österreichischen Bundesregierung
- Teilnahme an verschiedenen Sitzungen der Europäischen Institutionen
- Informationsweitergabe von Gesetzesvorhaben
- der Öffentlichkeit einen Einblick über die tägliche Arbeit für Österreich und Europa vermitteln



© Ständige Vertretung Österreichs bei der EU

BOTSCHAFTER DR. NIKOLAUS MARSCHIK

Leiter der Ständigen Vertretung bei der Europäischen Union

Er leitet seit August 2017 die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union. Er war bis dahin österreichischer Botschafter in Berlin, zuvor Kabinetts-Chef des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres und davor Generaldirektor im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.



© EU Representation Wirtschaftskammer Österreich

MAG. VERONIKA MÖLLER

Leiterin der EU Representation der WKÖ

Seit 2021 leitet die 31-jährige Salzburgerin die EU Representation der WKÖ. Diese ist Teil der diplomatischen Vertretung und fungiert als DIE Stimme der österreichischen Wirtschaft in Brüssel. Hauptaufgabengebiete sind die Strategieentwicklung, Interessenvertretung sowie Wissensmanagement, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

■ Das Europäische Parlament und der „European Green Deal“

Die EU Kommission hat gemeinsam mit dem Europäischen Rat und dem EU Parlament den **Europäischen Grünen Deal** beschlossen.

Ziel: Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der EU bis 2050 auf null reduzieren, um als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

Zwischenziel: CO²-Emissionen bis 2030 um 55% reduzieren.

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, wurde im Juli 2021 beschlossen. Das Maßnahmenpaket **“Fit for 55”** umfasst **12 Gesetze** auf dem Weg zur Klimaneutralität. Darüber sprechen wir bei unserem Besuch im Europäischen Parlament mit den Abgeordneten (MEP) Barbara Thaler und Esther De Lange.



Mehr dazu unter:



© Pristach

MEP Barbara Thaler

Vizepräsidentin der WK Tirol und Abgeordnete zum Europäischen Parlament

Die stellvertretende Verkehrssprecherin der Europäischen Volkspartei setzt sich insbesondere für ein wettbewerbsfähiges Europa, moderne Verkehrspolitik und einen einheitlichen Binnenmarkt ein. Ihre Fokusthemen sind die Eurovignette, Digitalisierung, Fairness im Online-Handel und das Europäische Klimaschutzgesetz.



© EU Parlament

MEP ESTHER DE LANGE

Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei

Die niederländische Abgeordnete zum EU-Parlament setzt sich insbesondere auseinander mit Umweltfragen, der öffentlichen Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Als Stellvertreterin ihrer Fraktion sitzt sie in diversen Ausschüssen, wie zum Beispiel: Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Zudem ist sie Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China.

■ NATO-Hauptquartier in Brüssel

Die **NATO** (North Atlantic Treaty Organization, im Deutschen auch als **Atlantisches Bündnis** oder als **Nordatlantikpakt** bezeichnet) ist ein Verteidigungsbündnis von 30 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten, das 1949 zum gemeinsamen Schutz der eigenen Territorien und zur weltweiten politischen Sicherheit und Stabilität gegründet wurde. Das NATO-Hauptquartier ist seit 1967 in Brüssel, seit 2014 ist der Norweger Jens Stoltenberg NATO-Generalsekretär und somit der oberste zivile Beamte und der höchste Repräsentant der NATO.

Politische und militärische Allianz

- Mitglieder beratschlagen und kooperieren in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen
- Scheitern diplomatische Anstrengungen, hat sie die militärische Macht, Operationen des Krisenmanagements durchzuführen

Kollektive Selbstverteidigung

- dem Prinzip verpflichtet, dass ein Angriff gegen eines oder mehrere NATO-Mitglieder einen Angriff gegen alle darstellt

Transatlantische Verbindung

- einzigartiges Bündnis von europäischen und nordamerikanischen Ländern, das gemeinsame multinationale Krisenmanagementoperationen ermöglicht



Das NATO-Hauptquartier in Brüssel. © Österreichische Vertretung bei der NATO

■ Österreichische Vertretung bei der NATO

Täglich beratschlagen sich die Mitglieder und treffen Entscheidungen zu Sicherheitsfragen auf allen Ebenen und auf zahlreichen Gebieten. Hunderte Beamte sowie zivile und militärische Experten kommen jeden Tag ins NATO-Hauptquartier, tauschen Informationen aus, teilen Ideen und helfen nötigenfalls dabei, in Zusammenarbeit mit nationalen Vertretungen und den Mitarbeitern des NATO Hauptquartiers Beschlüsse vorzubereiten. Als militärisch neutrales Land ist Österreich nicht Mitglied der NATO.

Die Beziehungen Österreichs zur NATO im Rahmen der **Partnerschaft für den Frieden** werden von der Österreichischen Vertretung bei der NATO betreut. Die Vertretung ist der erste Ansprechpartner der NATO für sicherheitspolitisch relevante Themen wie z.B. die Lage in der Ukraine oder im Nahen Osten, neue Herausforderungen wie hybride Bedrohungsszenarien und Cyber-Sicherheit, aber auch für humanitäre Themen wie der Schutz von Zivilisten.

Vor Ort sprechen wir mit Offizieren der Österreichischen Vertretung bei der NATO über die Neutralität Österreichs und bekommen einen Einblick in ihre sicherheitspolitischen Aufgaben sowie in die aktuellen Herausforderungen in Hinblick auf drohenden Terrorismus und Cyber-Sicherheit.

Mehr dazu unter:



■ Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

Das Bundesland Tirol hat gemeinsam mit Südtirol und dem Trentino in Brüssel im Jahre 1995 das erste grenzüberschreitende Verbindungsbüro zur Europäischen Union eingerichtet. Heute vertritt es die gemeinsamen Interessen der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino in den Bereichen Regionalpolitik, Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Soziales, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Diese Vertretung der Euregio arbeitet eng mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Tirol und der weiteren Alpenländer zusammen, um die gemeinsamen Anliegen voranzubringen.



© HorstWagner.eu

MAG. SIMON LOCHMANN

Büroleiter Tirol

Seit Anfang 2020 leitet Simon Lochmann das „Tirol Büro“ und bringt spezifische Tiroler Anliegen voran. Er gilt als Verkehrsexperte: acht Jahre war er beim Brenner-Basistunnel beschäftigt und kennt daher die Anforderungen im Transitbereich genau. Als Vertreter der Euregio nimmt er insbesondere Einfluss auf die Verkehrspolitik.

■ Parlamentarium

Das **Parlamentarium** in Brüssel bietet die Möglichkeit anhand Multimedia-Guides das Zentrum des Europäischen Parlaments zu erleben. Themen, wie die europäische Zusammenarbeit sich entwickelt hat, wie das Europäische Parlament arbeitet und was seine Mitglieder tun, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, werden vor Ort präsentiert.

Was erwartet euch dort?

- Reise durch die europäische Geschichte und Integration
- Kino des Parlamentariums
- 360°-Blick auf Europa und das Parlament
- Überblick auf die Arbeit des Parlaments
- Echtzeitblick: was geschieht aktuell im Europäischen Parlament
- Virtuelle Reise durch Europa anhand einer begehbaren Karte

Mehr dazu unter:



■ **BEILAGEN**

- **EU Kompakt: Arbeitsprogramm 2022 der EU Kommission**
- **Interview MEP Barbara Thaler, Krone**
- **Interview Botschafter Nikolaus Marschik, Tiroler Tageszeitung**
- **Interview Veronika Möller, Salzburger Nachrichten**
- **Interview Othmar Karas, Tiroler Tageszeitung**

■ EU Kompakt (1) EU Representation der WKÖ



Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2022

Die Europäische Kommission hat am 19. Oktober 2021 ihr [Arbeitsprogramm für 2022](#) präsentiert. Es steht unter dem Motto „Europa gemeinsam stärker machen“ und skizziert das interessenpolitische Programm im kommenden Jahr. Es enthält neue Gesetzgebungsinitiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der [politischen Leitlinien](#) von Präsidentin von der Leyen. Sie ist mittlerweile bei der Halbzeit ihrer aktuellen Amtszeit angelangt. Im Fokus stehen ein erfolgreicher und nachhaltiger Weg aus der Coronakrise, optimal verknüpft mit dem grünen und digitalen Übergang. Die zentralen Eckpunkte und Initiativen hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer „Rede zur Lage der Union“ angekündigt. Das Arbeitsprogramm präzisiert diese Pläne mit konkreten Maßnahmen und Zeitrahmen.

42

neue politische
Ziele
zum [Annex](#)

6

Vorschläge für Rück-
nahmen und Aufhebungen
zum [Annex](#)

76

laufende Dossiers
zum [Annex](#)

26

Initiativen zur
Regulierungsvereinfachung
zum [Annex](#)

Das Arbeitsprogramm ist auch 2022 eng mit dem [Europäischen Wiederaufbauplan](#) verknüpft: Zahlreiche Initiativen unterstützen die Wirtschaft im Wiederaufbau. Beispiele dafür sind das Binnenmarkt-Notfallinstrument oder die zahlreichen Vorschläge zur Förderung der Digitalisierung. Die ersten Gelder aus der Corona-Aufbau- und Resilienzfazilität fließen bereits. Mehr als 700 Milliarden Euro sollen in den kommenden Jahren an unsere Unternehmen gehen und diese zukunftsfit machen.

- **Zentrale Initiativen des neuen Arbeitsprogramms der Kommission sind:**
 - **GREEN DEAL** - Die Kommission wird weiter daran arbeiten, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Sie wird einen Rechtsrahmen für die Zertifizierung der CO₂-Entfernung sowie weitere Schritte hin zur emissionsfreien Mobilität vorschlagen.
 - **BINNENMARKT** - Zentral auf dem Weg aus der Coronakrise ist die Stärkung des Binnenmarkts. Die Kommission sieht dafür unter anderem einen Vorschlag für ein Binnenmarkt-Notfallinstrument („EU Single Market Emergency Instrument“, „SMEI“) im ersten Quartal 2022 vor. Das EU SMEI soll in künftigen Krisen den freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr garantieren.
 - **DIGITALISIERUNG** - Europa hat in der Pandemie einen Digitalisierungsschub erlebt. Die Kommission will daher ihren Weg in die digitale Dekade („European Digital Decade“) zielstrebig weitergehen. Ein europäisches Computerchip-Gesetz soll die von der Wirtschaft benötigten Halbleiter bringen.
 - **UNTERNEHMERTUM** - Die Global Gateway Strategy stärkt europäische und österreichische Unternehmen im internationalen Handel und damit auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Besonders spannend ist an diesem Arbeitsprogramm, dass erstmals der „One in-One out“-Ansatz zur Anwendung kommt. Dieser soll „vollumfänglich“ angewandt werden. Das heißt konkret, dass bei der Einführung unvermeidlicher neuer Belastungen gleichzeitig Belastungen durch bestehende Rechtsvorschriften verringert werden.

■ EU Kompakt (2) EU Representation der WKÖ



Hintergrund

Unternehmen und Beschäftigte in ganz Europa kämpfen immer noch mit den Auswirkungen der Corona-Krise. Das neue Arbeitsprogramm nimmt die bereits bekannten sechs übergreifenden Ziele als Basis und setzt wie der Wiederaufbauplan stark auf den **Übergang zur grünen und digitalen Wirtschaft**.

Die **Prioritäten** des Arbeitsprogramms sollen nicht nur die Erholung Europas voranbringen, sondern **zukunftsstaugliche Lösungen** bringen. Europas Unternehmen brauchen die **richtigen Rahmenbedingungen**. Sie müssen auf dem Weg aus der Krise die **Potenziale** von Klimaschutz & Kreislaufwirtschaft, modernen Technologien wie Artificial Intelligence und innovativer Forschung & Entwicklung für sich nutzen können. Andere Regionen - z.B. USA, China - dürfen Europa **nicht abhängen**.

Die Wirtschaft muss bei der **Weiterentwicklung** der EU im Mittelpunkt stehen: Die Gelder aus dem Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU müssen rasch an die Unternehmen fließen. Die WKÖ hat das **Zukunftsprogramm „Wirtschaft.Wachstum.Wohlfahrt.“** publiziert. Es zeigt in **fünf Handlungsfeldern** auf, wie der Aufschwung forciert und Wachstum und Wohlfahrt gesichert werden können.

Die essentielle Rolle eines **funktionierenden Binnenmarktes** hat sich in der Pandemie gezeigt. Geschlossene Grenzen stoppten benötigte Gütertransporte. Menschen kamen nicht mehr an ihren Arbeitsplatz. Ein **grenzenloser und an das digitale Zeitalter angepasster Binnenmarkt** kann besonders den schwer getroffenen KMU helfen.

Der **grüne Übergang** bringt der Wirtschaft zahlreiche Chancen: sei es im Zusammenhang mit der Renovierungswelle, dem Umstieg auf erneuerbare Energien oder im Bereich nachhaltige Mobilität. Es geht nicht um das Ob, nur um das Wie. Als verlässlicher Partner und mit starken Verbündeten muss Europa auch seine **strategische Autonomie ausbauen**. Nur so ist es für künftige Pandemien und Krisen gewappnet.

Wirtschaftsrelevante Hauptmaßnahmen im Arbeitsprogramm

A European Green Deal

- Null-Schadstoff-Ziel
- Paket zu Klimaschutzmaßnahmen (Fit for 55)
- Kreislaufwirtschaft - Recht auf Reparatur
- Kunststoffpaket

A stronger Europe in the World

- Global Gateway Strategy
- Europäische Verteidigungsunion
- Strategie für das internationale Handeln im Energiebereich
- Aktionsplan für internationale Meerespolitik

A Europe fit for the Digital Age

- Binnenmarkt-Notfallinstrument
- Europäisches Chip-Gesetz
- Rechtsakt zur Cyberabwehrfähigkeit
- Bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Promoting our European Way of Life

- 2022 Europäisches Jahr der Jugend
- Europäische Hochschulstrategie
- Europäische Pflegestrategie

An Economy that works for People

- Vorschläge zum Schutz von Arbeitnehmern vor Asbest am Arbeitsplatz
- Empfehlung zum Mindesteinkommen
- Access to Finance

A New Push for European Democracy

- Rechtsstaatlichkeit
- Initiative im Kampf gegen die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte
- Anpassung der Pauschalreiserichtlinie an den Covid-19 Kontext (REFIT)

■ EU Kompakt (3) EU Representation der WKÖ



Schwerpunkte aus Sicht der österreichischen Wirtschaft

Ein europäischer Grüner Deal

Die Kommission wird weitere Schritte hin zur emissionsfreien Mobilität unternehmen. Beispiele sind die **Überprüfung der CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge**, der **Null-Schadstoff-Aktionsplan** sowie **neue Vorschriften für den Einsatz von Pestiziden**. Brüssel will die **Kreislaufwirtschaft** voranbringen, indem das **Recht, Produkte reparieren zu lassen**, gestärkt wird. Neben dem bereits vorgeschlagenen **Klima-Sozialfonds** wird die Kommission auch andere **Mittel mobilisieren**. Die externen Finanzierungen für **biologische Vielfalt** werden verdoppelt. Ebenso wird auf die jüngsten **Energiepreiserhöhungen** Bezug genommen. Die EU muss ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren.

Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Im **Mittelpunkt des europäischen Grünen Deals** steht die **Klimaneutralität bis 2050**. Diese Zielsetzung entspricht den Verpflichtungen des Pariser Abkommens. Das EU-Klimagesetz bildet den Rahmen, um diese übergeordnete Ziel bzw. CO₂-Reduktion von mindestens -55 % bis 2030 zu erreichen. Das „Fit-for-55“-Paket zeigt den Weg der Umsetzung. Die Wirtschaftskammer Österreich will **ein Paket, das den Klimaschutzzweck erfüllt und für die Wirtschaft praktikabel und verträglich ist**. In der EU-Klima- und Energiepolitik muss der **Wirtschaftsstandort Europa** sowie der **Erhalt internationaler Wettbewerbsfähigkeit mitgedacht werden**. So ist sichergestellt, dass Europa die Rolle eines Schrittmachers des globalen Klimaschutzes ausfüllen kann.

Ein Europa für das digitale Zeitalter

Europa hat in der Pandemie einen **Digitalisierungsschub** erlebt. Die Kommission will ihren Weg in das digitale Jahrzehnt zielstrebig weitergehen. Um rasch die Halbleiter-Lieferprobleme auszuräumen, soll ein **europäisches Computerchip-Gesetz** kommen. Ferner wird die Kommission ein europäisches Gesetz über **Cyberabwehrfähigkeit** vorschlagen. Maßnahmen, um **digitale Kompetenzen in Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung** zu fördern und zu entwickeln, stehen ebenfalls auf der Agenda.

Eine **wichtige Initiative auf dem Weg aus der Coronakrise** ist das **Binnenmarkt-Notfallinstrument**. Als geplanter Veröffentlichungszeitpunkt gilt das erste Quartal 2022. Das EU Single Market Emergency Instrument soll in künftigen Krisen den **freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr garantieren**. Kernstück sind eine bessere Zusammenarbeit durch gemeinsame Standards und beschleunigte Zulassungsverfahren im Notfall.

Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Die auch durch die Coronakrise nochmals beschleunigte **Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt** eröffnen der Wirtschaft **zahlreiche Chancen, neu durchzustarten**. Innovationskraft und Digitalisierung sind entscheidend für Wachstum und Arbeitsplätze der Zukunft in Österreich und in Europa. **Neue Technologien** sind der Schlüssel zum Erfolg. Die Wirtschaft muss sie gezielt für sich nutzen.

Vor allem der **Fokus auf den Ausbau digitaler Kompetenzen** ist ganz im Sinne der Wirtschaftskammer Österreich. Durch die Coronakrise hat Europa zwar einen Schub erlebt. Auf diesem können wir uns jedoch keinesfalls ausruhen.

Der **Stellenwert des Binnenmarktes für unsere Unternehmen und alle Europäerinnen und Europäer wurde in der Corona-Krise augenscheinlich**. Sie hat viele Freiheiten eingeschränkt (Waren-, Personen-, Dienstleistungsfreiheit). Ein resilienter und für künftige Krisen gerüsteter Binnenmarkt ist essentiell für die wirtschaftliche Erholung und die Zeit nach Corona

■ EU Kompakt (4) EU Representation der WKÖ



Eine Wirtschaft im Dienste des Menschen

Die Kommission möchte die soziale Marktwirtschaft auf dem Weg aus der Krise resilienter machen. Im Zentrum steht dabei die Säule sozialer Rechte. Brüssel will zudem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Asbest am Arbeitsplatz schützen. Ein europaweites Mindesteinkommen ist geplant.

Da der Finanzsektor für die wirtschaftliche Erholung von entscheidender Bedeutung ist, soll ein Vorschlag Unternehmen in der EU den Zugang zu Kapital erleichtern. Zudem will die Kommission eine eventuelle globale Reform des Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in der EU rasch und einheitlich umsetzen.

Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Die Europäische Union muss stärker und resilienter aus der Krise hervorgehen. Nun geht es darum, die richtigen Maßnahmen zu setzen. Unsere Wirtschaft muss stärker denn je wiederaufgebaut werden. Von der akuten Krisenhilfe geht es hin zu einer nachhaltigen Unterstützung unserer Unternehmen. Ein rascher Zugang zu Finanzierung ist hier von entscheidender Bedeutung, u.a. durch den Corona-Wiederaufbauplan.

Ein stärkeres Europa in der Welt

Die Kommission möchte die globale Führungsrolle der EU ausbauen. Im kommenden Jahr wird sie ihre Global Gateway Strategy vorstellen: Ziele sind, Konnektivitätspartnerschaften mit Ländern in der ganzen Welt zu knüpfen und Handel und Investitionen zu stärken. Bis Ende dieses Jahres wird eine neue Gemeinsame Erklärung der EU und der NATO vorgelegt. Die Arbeiten zur Schaffung einer echten europäischen Verteidigungsunion werden beschleunigt. Eine neue Strategie soll das internationale Handeln im Energiebereich bzw. ein Aktionsplan die internationale Meerespolitik stärken. Auch die Partnerschaft mit der Golfregion soll neu definiert werden.

Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Der internationale Handel ist eine wichtige Säule für Wohlstand und Beschäftigung in der EU und in Österreich. Gerade auf dem Weg aus der Krise ist es essenziell, über alle Kanäle Wachstumsimpulse zu erzeugen. Die Global Gateway Strategy stärkt europäische und österreichische Unternehmen im internationalen Handel und damit auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Die ansteigenden Energiepreise müssen gebremst werden. Gerade im Corona-Wiederaufbau sind berechenbare Energiekosten für unsere Unternehmen von größter Bedeutung. Innerhalb der EU ist der Ökostromausbau dort zu forcieren, wo die Voraussetzungen am günstigsten sind.

Förderung unserer europäischen Lebensweise

Die Kommission hat vorgeschlagen, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären. Ihre neue Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) soll benachteiligten jungen Menschen, Berufserfahrungen im Ausland eröffnen. Das übergeordnete Ziel ist, ihnen Bildung oder hochwertige Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen. Eine europäische Hochschulstrategie und Vorschläge für eine vertiefte und nachhaltigere transnationale Zusammenarbeit sollen europaweites Lernen fördern.

Unter Berücksichtigung der Lehren aus der Pandemie wird die Kommission eine europäische Strategie für Pflege und Betreuung vorlegen. Um die Europäische Gesundheitsunion weiter auszubauen, ist ein Rahmen für einen dynamischen Arzneimittelsektor geplant.

■ EU Kompakt (5) EU Representation der WKÖ



Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Gesundheitswesen und wirtschaftliche Entwicklung sollen gestärkt aus der Krise gehen. Wir müssen uns für künftige Krisen wappnen. Um fit für die Zukunft zu sein, braucht es auch geeignete **Arbeitskräfte**: Die Förderung des grenzüberschreitenden Lernens kann Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel vorbeugen helfen.

Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Die Konferenz zur Zukunft Europas und die europäischen Bürgerinitiativen sollen die **europäische Demokratie dynamisieren**. Die Kommission wird weiterhin die **Rechtsstaatlichkeit schützen** und weitere Schritte zum Schutz der Pressefreiheit und des Pluralismus der Medien unternehmen. Dies ist für das reibungslose Funktionieren der EU von zentraler Bedeutung.

Um stärker gegen grenzüberschreitende Kriminalität vorzugehen, steht ein gemeinsamer Rechtsrahmen für die effiziente Übertragung von Strafverfolgung zwischen den Mitgliedstaaten auf der Agenda. Außerdem wird die Kommission eine Initiative im **Kampf gegen die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte** vorlegen.

Einschätzung der Wirtschaftskammer Österreich:

Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet Europas Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern und Sozialpartnern die **Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen**. Ziel ist, Europa fit und widerstandsfähig für die Zukunft nach Corona zu machen. Aus Sicht der Wirtschaft ist essentiell, die Unternehmen in diesen Prozess miteinzubeziehen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes ist in den Fokus zu nehmen.

Rechtsstaatlichkeit ist für das Funktionieren des Binnenmarkts von großer Bedeutung. Unternehmen müssen sich auf berechenbare, ausgewogene Rechtsvorschriften und ein System wirksamer Rechtsbehelfe verlassen können. Daher sollte die Kommission in Zukunft mehr Augenmerk auf die wirtschaftlichen Aspekte von Rechtsstaatlichkeit legen.



Die WKÖ hat das [Projekt „Recover.EU - Chancen nützen“](#) gestartet.

Die **EU-Aufbauhilfen aller Mitgliedstaaten** sollen österreichischen Unternehmen ermöglichen, sich optimal in den Restart der Europäischen Wirtschaft einzubringen. Das [Enterprise Europe Network der WKO](#) sowie unsere [WKÖ-Wirtschaftsdelegierten vor Ort](#) beraten und unterstützen alle interessierten Unternehmen bei der Umsetzung ihrer **Geschäftsmöglichkeiten im EU-Ausland**.

Herzstück dieses Projekts ist das **Analysetool [Recover.MAP](#)**: Es gibt einen Überblick über die geplanten Investitionen in jedem EU-Land. Mit einem Klick finden sich auf der digitalen Landkarte bei jedem EU-Land eine Zusammenfassung des jeweiligen nationalen Aufbauplanes mit allen relevanten Maßnahmen. [Recover.MAP](#) bietet außerdem weiterführende Zahlen, Daten, Fakten für umfassende Marktanalysen. Aktuell gibt es EU-weit keine vergleichbare Hilfestellung.

Kontakt

EU Representation Wirtschaftskammer Österreich, Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, 30, Avenue de Cortenbergh, B-1040 Brüssel, Tel: +32 2 286 58 80, E-mail: eu@eu.austria.be

■ **Interview MEP Barbara Thaler (1)**
18.04.2022, krone.at



THALER IM INTERVIEW

„EU-Verkehrspolitik ist wie ein Schweizer Käse!“



Barbara Thaler im Gespräch mit „Krone“-Redakteurin Nadine Isser. (Bild: Birbaumer Christof)

Seit drei Jahren ist Barbara Thaler (ÖVP) die einzige Tiroler EU-Parlamentarierin (MEP). Zur „Halbzeit“ im EU-Parlament hat die „Tiroler Krone“ sie getroffen, um mit ihr - bildlich betrachtet - eine Runde zu „Watten“.

„Krone“: Sie „watten“ gerne. Spielen Sie das Kartenspiel lieber klassisch oder ladinisch?

Barbara Thaler: Alles eigentlich. Zum Aufwärmen klassisch, aber auch gerne kritisch oder ladinisch. Ich habe auch immer Karten dabei (zieht ein „Packl“ aus ihrer Tasche).

Nachwatten: Die Eurovignette ist für die Tiroler und für Sie eine Enttäuschung. Hätten sie Ihr Blatt besser spielen können?

Als ich ins Parlament kam, war die erste Lesung zur Eurovignette schon fertig. Für mich als Tirolerin war es schade, dass ich nicht von Anfang an dabei war. Im Parlament habe ich viele positive Punkte herausverhandelt, aber im Trilog mit den Staaten hat mein Kollege aus Italien meiner Meinung nach zu schnell eingelenkt.



Verkehrspolitik in Europa ist nicht europäisch.

Barbara Thaler

Stehen hier die Interessen der Länder einer europäischen Lösung im Weg?

Exakt. Verkehrspolitik in Europa ist nicht europäisch. Wir haben so viele Ausnahmeregelungen: Es ist wie ein Schweizer Käse.

Im Europaparlament sind verschiedene Länder vertreten, aber auch verschiedene Fraktionen – Sie sind bei der Europäischen Volkspartei. Sticht sich das manchmal?

Ja, es kommt durchaus vor. Wir verhandeln gemeinsam als Europäische Volkspartei. Wir haben sowohl in der Fraktion als auch in der Delegation intensive Gespräche. Aber es gibt bestimmte Themen, wie zum Beispiel „nachhaltige Atomenergie“. Da ist es für Österreich absolut klar, dass Atomenergie nicht nachhaltig ist. Kollegen aus Frankreich sehen das anders. Dann stimmt jeder so ab, wie er es für richtig hält.

Das betrifft doch auch Erdöl, nicht nur Atomenergie.

Da sind wir noch in Verhandlungen, wie man grünes Gas produzieren könnte. Aber prinzipiell gilt: Raus aus fossilen Energien. Bis 2050 will die EU klimafreundlich sein. Ich verhandle erneuerbare Energie-Richtlinien, wo es darum geht, welche Energieform wie deklariert wird. Mir ist wichtig, dass der Bürger selbst entscheiden kann, ob er CO₂-arm oder CO₂-frei fährt. Das kann ein Elektroauto sein – oder Biodiesel.

■ Interview MEP Barbara Thaler (2) 18.04.2022, krone.at

Aber auch Biodiesel verursacht CO2.

Ein bisschen, ja. Aber wenn das vorher eine Pflanze war, dann hat sie ja vorher CO2 gebunden. Da gibt es verschiedene Berechnungswege, ich bin ein Fan vom technologieneutralen Ansatz. Ich sage auch klar und stehe dazu: Europa braucht den Verbrennungsmotor.

Warum?

Elektroautos sind nicht für jeden Einsatzbereich möglich: Wenn es zu kalt ist oder die Strecke zu lang wird – da wird es kritisch. Wir können heute noch gar nicht wissen, welche Technologien daherkommen. Wenn der Weg zum Ziel nicht überreguliert ist, dann hat die Industrie und die Forschung die Möglichkeit, gegeneinander im Wettbewerb zu stehen. Das ergibt dann Innovationen und günstigere Produkte. Am Ende steht die CO2-Neutralität, keine Frage.

Haben Sie das Gefühl, dass der Green Deal schnell genug umgesetzt wird?

Man kann im Nachhinein immer sagen, wir hätten früher beginnen müssen. Es geht in die richtige Richtung. Natürlich ist jeder Tag zu viel, aber man kann keinen Schalter umlegen. Das ist Fakt, das muss man einmal sagen. Wir können nicht von heute auf morgen nur noch alle zusammen Elektroautos haben.

Sie sind ja ÖVP-Landesparteiobfrau-Stellvertreterin in Tirol und Vizepräsidentin der Tiroler Wirtschaftskammer. Wenn sich Politik und Wirtschaft nicht einig sind, wer ist Ober, wer ist Unter?

Mir kommt meine Erfahrung aus der Wirtschaftskammer im Binnenausschuss stets sehr zu Gute. Ich bin auch im Austausch mit der Arbeiterkammer, ich versuche die ganze Bandbreite abzudecken.

Für mich als Österreicherin steht unsere Neutralität überhaupt nicht zur Debatte, aber selbstverständlich hilft Österreich mit.

Barbara Thaler

Wie soll die EU im Ukraine-Krieg weiter vorgehen?

Das Wichtigste ist, nie aufhören zu reden und zu verhandeln. Es braucht Hilfe für die Vertriebenen. Es gibt auch Unterstützung im militärischen Sinne. Für mich als Österreicherin steht unsere Neutralität aber überhaupt nicht zur Debatte, aber selbstverständlich hilft Österreich mit.

Die EU möchte strengere Regeln für Online-Plattformen, Stichwort „microtargeting“ verbieten. Meta zieht die „Sau“ aus dem Ärmel und droht, Facebook und Instagram dann nicht mehr in Europa zur Verfügung zu stellen. Gibt man dem Konzern nach?

Ich glaube in hundert Jahren nicht, dass sich Meta aus Europa zurückzieht. Diesen Bereich muss man ein wenig regeln. Nicht überregulieren, aber derzeit herrscht ein Ungleichgewicht.

Betrifft das auch die Steuern?

Die Steuer wird leider nicht angegriffen.

Ursula von der Leyen hat – wie die New York Times berichtete – über Kurznachrichten Verträge mit Pfizer ausgehandelt, die nun nicht öffentlich gemacht werden. Warum lässt sich Von der Leyen hier nicht ins Blatt schauen?

Es tut mir leid, aber ich weiß jetzt wirklich nicht, wovon Sie sprechen.

Wir haben im Europaparlament sehr strenge Regeln was Transparenz betrifft. Jedes Treffen mit Lobbyisten müssen wir dokumentieren.

Barbara Thaler

Lassen Sie sich ins Blatt schauen?

Wir haben im Europaparlament sehr strenge Regeln was Transparenz betrifft. Jedes Treffen mit Lobbyisten müssen wir dokumentieren. Jede Abstimmung ist transparent. Jede Ausschusssitzung ist öffentlich. Es gibt natürlich ein taktisches Vorgehen: Manche Argumente bringst du früher, manche später, wie eben in jedem Watterverein.

Zum Schluss: Stichwort Korruption und ÖVP – wie ist Ihre Meinung dazu?

Das ist weit von meiner Arbeit in Brüssel entfernt, insofern gibt es zu dieser Frage sicher profundere Ansprechpartner!

Nadine Isser



- **Interview Botschafter Nikolaus Marschik (1)**
07.05.2018, Tiroler Tageszeitung



Erfahrener Diplomat Nikolaus Marschik leitet Österreichs Brüssel-Team

Brüssel (APA) - Österreichs Botschafter bei der EU, Nikolaus Marschik, kommt eine zentrale Rolle in der EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Juli zu...

🕒 Letztes Update am Montag, 7.05.2018, 07:04

Brüssel (APA) - Österreichs Botschafter bei der EU, Nikolaus Marschik, kommt eine zentrale Rolle in der EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Juli zu. Marschik ist ein Weggefährte von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Der erfahrene Diplomat war Kabinettschef des damaligen Außenministers Kurz. Dieses Amt hatte er auch schon bei Außenministerin Ursula Plassnik während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 inne.

„Am 1. Juli wird Österreich zum dritten Mal die Vorsitzführung übernehmen und wir werden auch 2018 ein zuverlässiger, positiver und verantwortungsvoller Vorsitz sein“, versichert Marschik gegenüber der APA. Auch die Position des größten EU-Mitgliedsstaates Deutschland ist dem Botschafter vertraut. Marschik leitete von Jänner 2015 bis zu seinem Wechsel nach Brüssel als Botschafter die österreichische Vertretung in Berlin. Die diplomatische Mission bei der EU in Brüssel übernahm er im August 2017.

Im Außenministerium war er bis 2014 als Sektionschef für Personal und Verwaltung für ein Budget von bis zu 440 Millionen und ein diplomatisches Netzwerk von Botschaften und Konsulaten mit rund 1.900 Mitarbeitern zuständig. Von 2005 bis 2009 führte er dann die Kabinette der Außenminister Plassnik, Michael Spindelegger sowie Kurz (alle drei ÖVP). Der 1971 in Linz geborene promovierte Jurist begann seine berufliche Laufbahn als Experte im Ludwig Boltzmann-Institut für Menschenrechte und später in der Menschenrechtsabteilung im Außenamt. Weitere Stationen waren bei der österreichischen Mission bei der UNO in Genf, Mitglied im Aufsichtsrat der Austrian Development Agency (ADA) und Projektmanager am International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in Wien, das heute von Spindelegger geleitet wird.

Marschik ist seit einem halben Jahr Vater eines Sohnes. Früher war er begeisterter

■ **Interview Botschafter Nikolaus Marschik (2)** 07.05.2018, Tiroler Tageszeitung

Amateurfußballer, jetzt hält er sich mit Laufen fit. Seinem Heimatklub LASK hält er noch immer die Daumen.

Während Marschik während der EU-Ratspräsidentschaft die Sitzungen im Ausschuss der Ständigen Vertreter II (ASTV/COREPER) leitet, der sich mit politisch sensiblen Fragen wie Außen- und Sicherheitspolitik, innerer Sicherheit und Finanzthemen befasst, wird dem Ausschuss der Ständigen Vertreter I der stellvertretende Missionschef Botschafter Thomas Oberreiter vorsitzen. Dieses Botschaftergremium beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Fragen wie dem Binnenmarkt, Energie, Industrie, Telekom, Forschung und Konsumentenschutz.

Der 1966 ebenfalls in Linz geborene Jurist Oberreiter ist seit 1992 österreichischer Diplomat. Die EU kennt er seit vielen Jahren. So war er bereits Mitglied der Verhandlungsteams für den österreichischen EU-Beitritt. Nach Brüssel kam er erstmals von 1998 bis 2004 als Botschaftsrat (Antici) an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU.

Auch Oberreiter arbeitete schon bei der EU-Ratspräsidentschaft 2006 im Kabinett von Plassnik. Als Zuständiger für EU-Angelegenheiten spielte er dort eine wichtige Rolle für Österreichs Verhandlungen um den EU-Vertrag von Lissabon. Von 2009 bis 2011 war er stellvertretender Kabinettschef von Spindelegger. Vor seinem neuerlichen Wechsel nach Brüssel 2015 war Oberreiter Botschafter für Liechtenstein und Missionschef in Luxemburg. Privat ist der Diplomat ein passionierter Gitarrensammler und -bauer, er hört Musik von Eric Clapton bis AC/DC und hält sich mit Halbmarathonläufen fit.

Ein weiterer Botschafter im österreichischen Team in Brüssel ist Alexander Kmentt. Der 1965 in Wien geborene, studierte Jurist vertritt Österreich im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK), das die Beschlüsse der Außenminister vorbereitet, während der EU-Ratspräsidentschaft aber vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) geleitet wird. Kmentt ist seit Jahren ein führender österreichischer Abrüstungsexperte. Er hatte auf diplomatischer Ebene eine federführende Rolle für den Nuklearwaffen-Verbotsvertrag, für den die Internationale Kampagne für ein Atomwaffenverbot ICAN 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

■ Interview Veronika Möller 10.02.2022, Salzburger Nachrichten

Veronika Möller ist in Henndorf am Wallersee mit fünf Geschwistern aufgewachsen. Heute vertritt sie Österreichs Unternehmen in der Hauptstadt Europas.

SYLVIA WÖRGETTER

BRÜSSEL. „Wie erklären Sie den Leuten zu Hause in Salzburg, dass Sie eine ‚böse‘ Lobbyistin in Brüssel sind?“ Veronika Möller schaut kurz irritiert, dann muss sie lachen und entgegnet: „Ich bin eine Fürsprecherin. Ich verrete Interessen, wie das in einer Demokratie wichtig ist.“ In ihrem Fall sind das die Anliegen der österreichischen Unternehmen, vor allem auch der kleinen und mittleren. „Ich weiß, dass die Unternehmen in Brüssel jemanden brauchen.“

Dieser jemand ist sie, eine 31-jährige Salzburgerin. Seit gut einem Jahr leitet Möller die EU-Vertretung der österreichischen Wirtschaftskammer in Brüssel. Ihr Team besteht aus 15 Leuten. Die Niederlassung in der Avenue de Cortenbergh ist einen Steinwurf vom Gebäude der EU-Kommission und 15 Gehminuten vom EU-Parlament entfernt. Hier, im Europaviertel, werden die Regeln gemacht, nach denen Europa funktioniert. Institutionen, die in Europas Hauptstadt nicht vertreten sind, können nicht oder nur eingeschränkt mitentscheiden.

„Es ist ein komplexes Gebilde“, schildert Möller ihr Arbeitsumfeld. 27 Staaten, unzählige Parteien und Interessen. Es genügt nicht, Englisch und Französisch zu sprechen. Man muss Zwischentöne erkennen und die Eigenheiten verschiedener Nationen berücksichtigen. Hier besteht, wer neben viel Wissen auch Einfühlungsvermögen und Durchsetzungskraft mitbringt.

Beides hat die 31-Jährige nicht zuletzt in der eigenen Familie erworben. „Ich bin in einer Großfamilie aufgewachsen. Da lernt



BILD: SYLVIA WÖRGETTER

„Powerfrau“ aus der Kraft der Familie

man sehr früh, dass man sich auf seine Beine stellen muss.“ Sie erzählt mit viel Wärme von ihrer Kindheit und Jugend in Henndorf am Wallersee. „Ich war die Nummer vier von sechs Kindern.“ Veronika Möller hat vier Schwestern und einen Bruder. „Fad wird es nie. Und alle sind sehr diskutierfreudig.“ Im Elternhaus hätten eine weltoffene Atmosphäre und viel Humor geherrscht.

Veronika Möller hat am Akademischen Gymnasium in Salzburg die Matura gemacht – passenderweise in der Europaklasse mit dem Sprachenschwerpunkt. Hat sie da schon an Karriere auf inter-

nationalem Parkett gedacht?

Sie schüttelt den Kopf. Eine Weile habe sie überlegt, Medizin zu studieren. Entschieden hat sie sich dann doch für Jus und internationale Entwicklung in Wien. Betrachtet man im Rückblick den Kurs, den sie von da an eingeschlagen hat, dann schien er doch immer mehr auf eine internationale Laufbahn zuzusteuern.

Brüssel war darin schon einmal eine Station, nämlich die erste gleich nach dem Studium 2015. „Durch Zufall hat mir ein sehr guter Freund erzählt, dass Referenten im EU-Parlament gesucht werden. Ich habe mich beworben. Es hat geklappt. Inner-

PORTRÄT am Donnerstag

halb von vierzehn Tagen war ich in Brüssel.“ Und zwar im Büro von Elisabeth Köstinger, damals noch EU-Abgeordnete der ÖVP. Die heutige Agrarministerin erinnert sich an ihre ehemalige Referentin. Ein „verlässlicher Anker im Team“ sei die Salzburgerin gewesen. Und: „Sie ist eine Powerfrau“ und noch dazu „international bestens vernetzt“.

Bereits während des Studiums hat Veronika Möller begonnen, dieses Netzwerk zu knüpfen. Sei es während des Erasmus-Studienaufenthalts in Paris, sei es in der Rechtsabteilung der OMV in Wien oder als Messe-Mitarbeiterin für Kotányi. „Ich habe da gesehen, wie ein großes Unternehmen agieren muss, das auf internationalen Märkten tätig ist.“

Als Elisabeth Köstinger 2017 nach der Nationalratswahl nach Wien wechselt, verlässt auch Möller Brüssel – und heuert bei Red Bull in Fuschl in der Abteilung für Public Affairs an. Sie bleibt im Konzern, bis sie Ende 2020 auf eine Stellenausschreibung stößt. Wieder geht es um Brüssel. Gesucht wird die Leitung für die EU-Repräsentation der Wirtschaftskammer Österreich. „Da habe ich mir gedacht: Warum nicht?“, erinnert sich Möller.

Ganz so schnell wie beim ersten Mal geht der Wechsel nach Brüssel diesmal nicht vonstatten. „Es war ein intensiver Auswahlprozess.“ Aber am Ende hat sie den „Traumjob“. Der weist durch Zufall wieder eine Analogie zur Familie auf. Vater Christian Möller war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Außenhandelsabteilung der Wirtschaftskammer Salzburg gewesen.

Was ihr in Brüssel abgeht? Die Familie natürlich. Und dann die Berge und das Bier. „Mit dem österreichischen Bier kann selbst das belgische nicht mit“, findet Möller. Am liebsten würde sie „das Bräustübl nach Brüssel zoomen“. Weil das aber nicht möglich ist, bleibt es ein „Fixpunkt für den Sommer“. Dann kommt sie im Urlaub heim nach Salzburg.

- **Interview Othmar Karas**
22.04.2022, Tiroler Tageszeitung

Innsbruck, 29.04.2022

„Auch Österreich hat in der EU eine Beistandspflicht“

EU muss nach Russlands Angriff auf die Ukraine auch militärisch zusammenrücken, sagt der Erste Vizepräsident des EU-Parlaments, Othmar Karas.

Von Alois Vahmer

Innsbruck – Niemand habe sich vorstellen können, dass mitten in Europa ein solcher Angriffskrieg gestartet wird, so Karas (ÖVP) bei seinem Tirol-Besuch gegenüber der *TT*. Russlands Präsident Wladimir Putin wolle „das Rad der Geschichte und die friedliche Neuordnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 zurückdrehen“. In der Ukraine, die von Wien nicht viel weiter entfernt sei als Innsbruck, würden von den Russen Menschen bestialisch getötet und vertrieben. Putin habe „einen Krieg nicht nur gegen die Ukraine angeordnet, sondern auch gegen Europas Demokratie und Werte“, betont Karas.

Für Europa und die Welt müsse dies ein Weckruf sein. Es sei nicht hinnehmbar, wenn Recht, Verträge und souveräne Grenzen auf solch brutale Weise verletzt würden, so Karas. „Da hätte ich permanent Angst.“ Die EU müsse weiter zusammenrücken und ihre Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Auch sehe man nun noch massiver, wie wichtig der

Green Deal der EU sei, der Europa bis 2050 mit dem Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Die EU brauche vom Klima über die Corona-Pandemie bis zum Ukraine-Krieg „höchste Entschlossenheit“, sagt Karas.

Das Zusammenrücken brauche es gerade auch in der Außenpolitik und bei der Verteidigung. Innerhalb der EU gelte laut einstimmigem Beschluss für alle Mitglieder, auch für neutrale Staaten wie Österreich, eine gegenseitige

Beistandspflicht, so der EU-Parlaments-Vizepräsident. Dazu brauche es eine ehrliche Debatte und kein Verstecken hinter der Neutralität.

Die 27 EU-Länder würden für ihre Armeen in Summe im Jahr viermal so viel ausgeben wie Russland und ein Drittel wie die USA. Es fehle aber stark an Effizienz, zudem seien die Heere vielfach nicht kompatibel. Innerhalb der NATO hätten die EU-Länder nur 20 Prozent Anteil.

Die EU werde nie jemanden angreifen, sie müsse sich aber „zu Land, zu Wasser, in

der Luft und im Weltraum“ schützen können. Sowohl die Abwehr von Cyber-Angriffen wie das Zusammenrücken der Streitkräfte, Geheimdienste, Terrorismusabwehr und Internet-Kriminalität müssten zu europäischen Projekten werden, verlangt Karas. Nicht nur die baltischen Staaten fühlten sich durch die russische Aggression bedroht, in Schweden und Finnland gehe die Tendenz in Richtung NATO-Beitritt, weil man sich in einem Bündnis sicherer fühle als allein.

In Sachen Energieabhängigkeit von Russland („die EU-Länder zahlen täglich eine Milliarde in Putins Kriegskasse“) habe man das Aus für russische Kohle-Importe beschlossen. Öl werde bald folgen. Beim Gas, wo gerade Österreich zu 80 Prozent abhängig ist, wolle man die völlige Unabhängigkeit bis 2027 schaffen.

Karas rechnet damit, dass der Ukraine im Juni der Status als EU-Beitrittskandidat eingeräumt wird. Das bedeute noch längst nicht den Beitritt, aber das „klare Signal der EU an die Ukraine, ihr seid nicht allein!“.



Othmar Karas will, dass die Geheimdienste enger kooperieren.

Foto: EVP

■ Quellen

- AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ, 2021
- Die EU & Ich: op.europa.eu
- Europäisches Parlament, europarl.europa.eu
- Europäische Kommission, ec.europa.eu
- Europäischer Rat, consilium.europa.eu/de/#
- Europäische Union, european-union.europa.eu
- EU Representation der WKÖ, news.wko.at/news/oesterreich/eu-koordination.html?shorturl=wkoat_eu
- Land Tirol, tirol.gv.at
- NATO, bmeia.gv.at/oev-nato-bruessel
- NATO International, www.nato.int
- wikipedia.org/wiki/NATO
- WKÖ, WKO.at

Infografik

EU-Parlament, www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20151116IFG02847/das-abc-des-europaischen-parlaments

Funktionärsbetreuung | Wirtschaftskammer Tirol
Wilhelm-Greil-Straße 7 | 6020 Innsbruck
T 05 90 90 5-1246 | E tiroler-funktionaere@wktiroel.at | W www.funktionaere.tirol

Stand: Mai 2022